Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1417
13. 01. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Januar 1978
am Donnerstag, dem 19. Januar 1978

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß Frauen bei der Berufsfindung und Arbeitsvermittlung verstärkt für sogenannte typische Männerberufe interessiert werden, und wieviel zusätzliche Stellen müßten für diese Aufgabe bei der Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich bereitgestellt werden?

2. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die Tatsache, daß erheblich weniger Frauen als Männer an Maßnahmen der Arbeitsämter zur Umschulung und Fortbildung teilnehmen und sich dieses Zahlenverhältnis umso ungünstiger gestaltet, je qualifiziertere und längere Maßnahmen angeboten werden, und daß diese Maßnahmen eher dazu beigetragen haben, die geschlechtsspezifischen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt zu versteinern, und wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?

3. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der überproportionalen Frauenarbeitslosigkeit und der Konzentration von Frauen auf nur wenige Berufs- und Tätigkeitsbereiche?

4. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten offenen Stellen grundsätzlich geschlechtsneutral erfassen zu lassen und erforderlichenfalls die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Stellenangebote durch die Arbeitgeber grundsätzlich geschlechtsneutral erfolgen müssen?

5. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß geschlechtsspezifisch angebotene Stellen durch Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft werden sollten, und hält sie für diese Intensivierung der Vermittlungstätigkeit die gegenwärtige Mitarbeiterzahl für ausreichend, oder wieviel zusätzliche Stellen wären hierfür erforderlich?

6. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Mittel aus dem europäischen Sozialfonds zur Entzerrung des geschlechterspezifisch geteilten Arbeitsmarkts stärker als bisher für deutsche Unternehmungen nutzbar zu machen?

7. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Welche Pläne hat die Bundesregierung, um das gegenwärtige Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen nennenswert zu erhöhen, und in welchem Zeitraum könnten diese Pläne verwirklicht werden?

8. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Bundesanstalt für Arbeit zur leichteren Vermittlung von Teilzeitarbeit suchenden Frauen Trainingslehrgänge einrichtet und geeignete Frauen anschließend als Zeitpersonal vermittelt, gegebenenfalls unter Übernahme der Arbeitgeberfunktion?

9.	Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)	Bestehen von seiten der Bundesregierung Bedenken, gegebenenfalls durch Lohnkostenzuschüsse den Firmen einen Anreiz dafür zu geben, langfristig arbeitslose Frauen einzustellen und auf Dauer zu beschäftigen?
10.	Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Strukturmaßnahmen Mobilitätszulagen gewährt worden sind, und wie lauten die Zahlen nach Frauen und Männern getrennt aufgeschlüsselt?
11.	Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)	Wie viele arbeitslose Frauen und Männer konnten bisher durch ABM-Maßnahmen der Bundesregierung vermittelt werden, um welche Maßnahmen im einzelnen handelte es sich dabei, und liegen der Bundesregierung auch regional aufgeschlüsselte Erfolgsziffern von ABM-Maßnahmen vor?
12.	Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Einstellung von Frauen in sogenannte „typische Männerberufe" den Betrieben Eingliederungshilfen zu gewähren?
13.	Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frauen – insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben – deshalb häufig nicht eingestellt werden, weil die erforderlichen zusätzlichen Sozialräume und sanitären Anlagen fehlen, und was gedenkt sie zu tun, um diesem Zustand abzuhelfen?
14.	Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die mit der Arbeitsvermittlung betrauten Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit im einzelnen nicht ausreichend mit den Ursachen und Problemen der Frauenarbeitslosigkeit vertraut sind, und hält sie Sozialmaßnahmen für erforderlich, um entsprechendes Detailwissen zu vermitteln?
15.	Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die ausschlaggebenden Gründe dafür, daß Arbeitgeber offene Stellen auch dann für Männer ausschreiben, wenn keine geschlechtsspezifische Qualifikation erkennbar ist, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten der Einwirkung, die solches Verhalten kurz- oder langfristig ändern?
16.	Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz zunehmen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese Entwicklung zu verhindern?
17.	Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)	Wie hat der Bundeskanzler auf die an ihn gerichtete Petition von über 200 Künstlern mit der Bitte, die private Künstlervermittlung zu erhalten, geantwortet, und wie hilft die Bundesregierung den in der Petition aufgezeigten Gefahren im einzelnen ab?
18.	Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)	Woran liegt es, daß bisher die vom Bundesarbeitsminister geforderte Weitergabe der differenzierten, aufgefächerten Statistiken über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unterblieben ist, und was hat die Bundesregierung getan, um das von ihr für erforderlich Gehaltene zu veranlassen?

19. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Welche Verwaltungsvorkehrungen zur Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der berufstätigen Frauen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um Nummer 9 der Entschließung der Internationalen Arbeitskonferenz vom Juni 1975 Rechnung zu tragen?

20. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Trifft es zu, daß bei den örtlichen Arbeitsämtern die Stellenangebote nur nach Männern und Frauen getrennt registriert werden, und zwar selbst dann, wenn die Stellen von den Firmen ohne besondere Spezifizierung im Hinblick auf das Geschlecht des Bewerbers gemeldet worden sind?

21. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wieviele und welche Schäden in der Krankenbehandlung durch fehlerhaftes oder technisch nicht zuverlässiges medizinisches Gerät entstehen?

22. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß medizinische Geräte genauso auf ihre technische Zuverlässigkeit hin überprüft werden, wie es bei anderen Geräten bereits üblich ist?

23. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch, daß trotz des finanziellen Überschusses der allgemeinen Ortskrankenkassen im Jahr 1976 von insgesamt rund 1,5 Milliarden DM und einem solchen 1977 von wahrscheinlich 800 Millionen DM und der Aufforderung des Bundesarbeitsministers Dr. Ehrenberg, die Beitragssätze zu senken, der durchschnittliche Beitragssatz aller Ortskrankenkassen sich ab 1. Januar 1978 von 11,4 v. H. auf 11,5 v. H. erhöht bzw. der allgemeine Beitragssatz der AOK Berlin – der nach § 17 SKAG-Berlin nur bis zum durchschnittlichen Beitragssatz aller Ortskrankenkassen erhöht zu werden braucht – ab 1. Januar 1978 auf 11,6 v. H. erhöht wurde, allgemein also mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von 11,6 v. H. bis Mitte 1978 gerechnet wird?

24. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wieviel bzw. welche Ortskrankenkassen bereits ab 1. Januar 1978 ihren allgemeinen Beitragssatz um wieviel und aus welchen Gründen erhöhen?

25. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Warum gibt es bisher in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Rechtspflicht zur Überprüfung medizinisch-technischer Geräte durch eine von Herstellerinteressen unabhängige Institution, und gedenkt die Bundesregierung, eine derartige Prüfung in Kürze zur Pflicht zu machen?

26. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Zivildienstleistende bei kirchlichen bzw. karitativen Einrichtungen vom Bundesamt für Zivildienst eingesetzt werden, ohne daß die freigemeinnützigen Träger im Einzelfall einen Einfluß auf die Auswahl der Zivildienstleistenden in Form von Einstellungsgesprächen oder z. B. einer zweitägigen Probezeit haben?

27. Abgeordneter **Roth** (SPD)

Wirkt die Bundesregierung bzw. wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsämter veranlaßt, das lokale, dem jeweiligen Arbeitsamt gemeldete Angebot an unbesetzten Stellen auf Stellwänden o. ä. innerhalb des Arbeitsamtgebäudes der Öffentlichkeit bekanntzugeben?

28. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Todesfälle und Gesundheitsschäden durch nicht funktionsgerechte oder schadhafte medizinisch-technische Geräte oder Einrichtungen wie zum Beispiel Herzschrittmacher, Herz-Lungen-Maschinen, Druckkammern usw., und welche gesetzlichen Maßnahmen zur Einführung einer generellen Prüfungspflicht für medizinisch-technische Geräte und Einrichtungen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen?

29. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Liegt es im Sinne der Bundesregierung, daß zur Befreiung von der Rezeptgebühr nach dem Gesetz zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, das Wohngeld und für die landwirtschaftlichen Altenteiler das freie Wohnrecht von den nachgeordneten Stellen als Einkommen angerechnet wird, so daß Bezieher kleiner Einkünfte keine Berücksichtigung als Härtefall finden, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie ziehen?

30. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Absicht besteht, im Falle der Gütergemeinschaft die mitversicherte Ehefrau und die Kinder selbständig versicherungspflichtig zu machen, wenn der auf die Ehefrau entfallende Anteil an dem gemeinsam erzielten Einkommen mehr als 370 DM im Monat beträgt?

31. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung im Anschluß an die Frage 35 der Fragestunde vom 14./15. Dezember 1977 und die Beantwortung des Bundesarbeitsministeriums vom 13. Dezember 1977 erklären, um welches Heim es sich gehandelt hat, das einen Heimleiter mit möglichst sozialdemokratischer Gesinnung suchte?

32. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Würde die Bundesregierung ein Heim der Arbeiterwohlfahrt als einen Tendenzbetrieb im Sinne des § 20 des Arbeitsförderungsgesetzes ansehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

33. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist die Feststellung des Direktors im Bundesamt für Verfassungsschutz und Leiters der Abteilung Spionageabwehr, Hellenbroich, in der Ausgabe der Zeitschrift „Quick" vom 22. Dezember 1977, „Die Sicherheitsvorkehrungen werden generell bei uns leider zu lasch gehandhabt. Solche Vorkehrungen könnten ohne großen Ärger oder Aufwand für die Betroffenen durchgeführt werden.", zutreffend?

34. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Hat das Bundesinnenministerium die Feststellung gemacht, daß die Einteilung des Lärmschutzbereichs bei Flughäfen in zwei Zonen mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen für die Betroffenen gerechtfertigt ist?

35. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Lärmgeschädigten der Zone 2 ebenso finanzielle Zuwendungen zukommen zu lassen wie denen der Zone 1?

36. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Aufwendungen hat die Bundesregierung mit den im Haushaltsplan 1977 unter dem Titel „Deutsche Nationalstiftung" vorgesehenen 12,5 Millionen DM bestritten?

37 Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Hat es die Bundesregierung versäumt, bei der Neufassung des Atomgesetzes bezüglich der Endlagerung radioaktiver Abfälle darauf hinzuwirken, daß die Rechtslage der Versuchslagerstätte Asse eindeutig geklärt wurde, und wenn ja, warum?

38. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Versuchslagerstätte Asse unter Berücksichtigung des neugefaßten Atomgesetzes, und besteht gegebenenfalls die Möglichkeit, daß die Endlagerung nicht durchgeführt werden kann?

39. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bundesjugendsekretär der Naturfreundejugend Deutschlands am 19. Dezember 1977 auf dem Grenzbahnhof Kehl durch den Bundesgrenzschutz zum Verlassen des Zuges gezwungen wurde und sich einer Leibes- und Gepäckvisitation unterziehen mußte, und auf welcher rechtlichen Grundlage hat der Bundesgrenzschutz gegebenenfalls in diesem Fall gehandelt?

40. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft der Bericht des Mitarbeiters der Frankfurter Rundschau, Henryk M. Broder, in der Frankfurter Rundschau vom 19. Dezember 1977 zu, in dem er berichtet, daß Bundesgrenzschutzbeamte bei der Paßkontrolle im Flughafen Köln/Bonn versucht haben, ein Vortragsmanuskript des Publizisten abzulichten, und auf welche rechtliche Grundlage stützt sich gegebenenfalls das Verhalten der Grenzschutzbeamten?

41. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Treffen Presseberichte (Frankfurter Rundschau vom 19. Dezember 1977 sowie Kölner Stadtanzeiger vom 16. Dezember 1977) zu, wonach der Kölner Journalist Henryk M. Broder von Beamten des Bundesgrenzschutzes auf dem Flughafen Köln/Bonn am 13. Dezember 1977 vor seinem Abflug nach Zürich einer Kontrolle unterzogen wurde, die sich nicht auf seine Person bezog sondern auch Redemanuskripte einschloß, die H. M. Broder für eine Veranstaltung in Zürich mit sich führte?

42. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Auf welche Rechtsgrundlage stützen sich gegebenenfalls derartige Maßnahmen, und hat zukünftig jeder Flugreisende damit zu rechnen, daß Papiere, Unterlagen und andere Schriftstücke, die er mit sich führt, vom Bundesgrenzschutz im Rahmen „grenzpolizeilicher Maßnahmen" kontrolliert und möglicherweise einbehalten werden?

43. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Möglichkeiten, und in welcher Weise gedenkt sie diese gegebenenfalls zu nutzen, um junge Boxsportler vor Schäden zu schützen, wie sie der 19-jährige deutsche Europameister Jörg Eipel im Europameisterschaftskampf in Paris erleiden mußte?

44. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach den Terroristendrohungen gegen Lufthansamaschinen für Dienstreisen von Politikern und Beamten die Flugzeuge der Lufthansa in geringerem Umfang genutzt werden?

45. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wenn ja, erwägt die Bundesregierung, für ihren Zuständigkeitsbereich darauf hinzuwirken, daß bei Dienstreisen nach Möglichkeit die Lufthansa benutzt wird?

46. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit – nachdem der Immissionsschutzbericht zum 1. Januar 1978 nicht erstattet werden konnte –, vorab über die Erfahrungen mit dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm zu berichten und zur Frage einer Änderung des Gesetzes Stellung zu nehmen, wie sie das in Drucksache 8/732 für Ende 1977 versprochen hatte?

47. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wieviel Anträge auf Erstattung von Lärmschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sind 1977 insgesamt gestellt worden, nachdem dieses Gesetz bereits aus dem Jahr 1971 stammt, die ersten drei Anträge aber erst im letzten Quartal 1976 bei den dafür zuständigen Landratsämtern bzw. Bezirksregierungen eingereicht wurden?

48. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie läßt sich die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler vom 14. Dezember 1977 im Deutschen Bundestag auf meine Anfrage, die Bundesregierung habe keine Erkenntnisse über das Verschwinden des ehemaligen Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hans-Helmut Wüstenhagen, vereinbaren mit der am 29. Dezember 1977 in der „Welt" verbreiteten ap-Meldung, Herr Wüstenhagen habe zweimal bei der deutschen Botschaft in Bangkok vorgesprochen und den deutschen Behörden müsse sein Aufenthaltsort bekannt gewesen sein, und was hatte Wüstenhagen bei seinen beiden Besuchen in der deutschen Botschaft in Bangkok vorgetragen?

49. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Kritik an unserem Staat durch den Schriftsteller Max Frisch entgegenzutreten, der in seinen Reden in der Frankfurter Paulskirche anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und vor dem SPD-Parteitag in Hamburg die „ethische Legitimation" (der Bundesrepublik Deutschland) zum harten Umgang mit den Terroristen bezweifelte, weil dieses Recht nur ein Staat besitze, der ein „Menschenrechtsstaat geworden ist oder zu werden verspricht"?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

50. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das neue Ehescheidungsrecht in einer Reihe von Bestimmungen, insbesondere im Bereich der Scheidungsfolgen, für die Betroffenen so ungerechte Nachteile mit sich bringt, daß die Zahl der Eheschließungen zur Vermeidung solcher Ungerechtigkeiten seit Inkrafttreten des Gesetzes zurückgegangen ist, und wird die Bundesregierung die Überprüfung und geeignetenfalls Abschaffung eheverhindernder oder ehebeeinträchtigender Scheidungsrechtsnormen veranlassen bzw. einleiten?

51. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß Veröffentlichungen in der Deutschen National-Zeitung wie am 2. Dezember 1977, „Schmidt's Lügen im KZ Auschwitz; das Märchen von 4 Millionen Vergasten" kaum verhohlen den Nationalsozialismus preisen, das Ansehen Ermordeter verletzen, den Antisemitismus fördern und vom Grundgesetz nicht gedeckt sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

52. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein weiteres Erscheinen dieser Zeitung – deren nationalistische, antisemitische und rassistische Veröffentlichungen im In- und Ausland immer wieder Anstoß erregen – durch Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 18 des Grundgesetzes beim Bundesverfassungsgericht zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

53. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß finanzielle Erleichterungen, gegebenenfalls durch Sonderabschreibungen, gewährt werden sollten, wenn Betriebe die für die Beschäftigung von Frauen erforderlichen baulichen Maßnahmen (Aufenthaltsräume, sanitäre Einrichtungen) durchführen, und welche Abschreibungsmöglichkeiten bestehen bereits?

54. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob und inwieweit bei dem Betrieb von Geldspielautomaten die Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1978 bei unveränderter Mindestausspielquote und unverändertem Vervielfältiger des Kasseninhalts zu Schwierigkeiten führt, und ist sie bereit, gegebenenfalls den Vervielfältiger zu ändern?

55. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen das Bundesfinanzministerium eine „Steuersünderkartei" vorbereitet, in der nicht nur die Steuerstraftaten aufgeführt werden sollen, sondern auch nach Art der Verbrecherkartei beim Bundeskriminalamt die Tatmerkmale ausgewiesen werden?

56. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in diese „Steuersünderkartei" alle Namen von Personen aufgenommen werden sollen, die u. a. im Rahmen einer Ordnungswidrigkeit mit Bußgeldern belegt wurden?

57. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die drei Mächte zu bitten, in den vom Bund aus dem Besatzungskostenhaushalt errichteten Wohnungen für die Angehörigen der Streitkräfte und ihre Familien in Berlin individuelle Elektrizitätszähler anzubringen, um so einen sparsamen Energieverbrauch zu begünstigen?

58. Abgeordneter **Horn** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie von der Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Stationierungsstreitkräfte, behauptet – bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland über 14 500 US-Touristen und Familienangehörige auf Stellen, die nach Artikel IX Abs. 4 des NATO-Truppenstatuts aus dem Arbeitsmarkt des Aufnahmestaats – also der Bundesrepublik Deutschland – gedeckt werden müssen, beschäftigt sind, und wenn ja, entspricht es auch den Tatsachen, daß diese US-Staatsbürger entgegen den arbeitsrechtlichen Vorschriften für Angehörige sogenannter Drittländer – zur Arbeitsaufnahme ist eine Arbeitsgenehmigung der zuständigen Arbeitsverwaltung erforderlich – durch illegitime Behandlung unter Umgehung geltender deutscher Rechtsnormen beschäftigt werden?

59. Abgeordneter **Horn** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um die US-Streitkräfte zu veranlassen, sich an die international verbindlichen Rechtsnormen des NATO-Truppenstatuts zu halten, bzw. in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung einzuschreiten, falls die US-Streitkräfte weiterhin gegen geltende Vereinbarungen – also gegen das NATO-Truppenstatut – verstoßen?

60. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Aufsichtsmaßnahmen unternimmt die Bundesregierung gemäß dem Kreditwesengesetz zur Gewährleistung solider Geschäftstätigkeiten der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute wie z. B. der Westdeutschen und der Hessischen Landesbank?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß 1985 mindestens 24 000 MW Kernkraftwerke betriebsbereit sind, wenn nicht im Jahr 1978 mit dem Bau von vier Kernkraftwerken bzw. dem Weiterbau in Wyhl und Brokdorf und zwei neuen Kernkraftwerken begonnen wird?

62. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung heute noch keine Vorsorge für den Bau einer zunehmenden Zahl von Kernkraftwerken in den achtziger Jahren trifft. obwohl die Zahlen der „Informationsanlage“ aus der Fortschreibung des Energieprogramms einen steigenden Beitrag der Kernenergie zur Strombedarfsdeckung dokumentieren, und wenn ja, aus welchen Gründen verhält sie sich so?

63. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher haushaltsrechtlichen Ermächtigung konnte der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Rumänien der dortigen Regierung eine Bürgschaft von 700 Millionen DM zusagen?

64. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die technischen und wirtschaftlichen Zukunftsaussichten der beiden von ihr geförderten Vorhaben zum Abbau der steilen Lagerung im Steinkohlenbergbau, und läßt sich schon absehen, ob nur ein Verfahren sich in der Praxis durchsetzen wird?

65. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Haben die von der Bundesregierung beschlossenen Richtlinien vom 19. Mai 1976, nach denen kleine und mittlere Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach der VOL eine angemessene Beteiligung erhalten sollen, den gewünschten Erfolg gebracht?

66. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß die Erdgasvorräte im dänischen Teil der Nordsee nunmehr auf mindestens 30 und höchstens 80 Milliarden Kubikmeter geschätzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

67. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wieviel Agrarfarmen und Tierfabriken Mansholt'scher Vorstellungen, von denen der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann bei der Ankündigung seines Agrarkredits sprach, sind bisher nach dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm der Bundesregierung für die Land- und Forstwirtschaft unterstützt worden, und wie hoch war ihr Anteil an der Gesamtzahl der geförderten Betriebe in Bayern?

68. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

In welchem Ausmaß ist in Bayern in den letzten Jahren von den Möglichkeiten des Überbrückungskredits, der Aufstiegshilfe und der Nebenerwerbsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur Gebrauch gemacht worden, und woran lag die offenbar geringe Inanspruchnahme dieser Förderungsmittel speziell in Bayern?

69. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch der im Rahmen der Weihnachtsbutteraktion erzielte Mehrabsatz in Butter ist oder voraussichtlich sein wird, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?

70. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich nach dem Wissensstand der Bundesregierung die Kosten für die Lagerung der Butter, und wie groß ist ihres Wissens die Relation zwischen den Kosten der Weihnachtsbutteraktion und dem Mehrabsatz an Butter?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, in wieviel Fällen mittels einer Postkarte vom Grundrecht der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen Gebrauch gemacht worden ist?

72. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Sieht die Bundesregierung durch die Vorschrift des § 25 a des Wehrpflichtgesetzes die Wehrpflichtigen in Versuchung geführt oder auf eine übermäßige Probe gestellt?

73. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat der seit dem 1. November 1977 von einem Teil der Teilnehmer an der Truppenverpflegung zu entrichtenden Verwaltungskostenzuschlag bzw. -beitrag zu den Sach- und Personalkosten auf die soziale Lage der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr?

74. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Teil der Verpflegungsteilnehmer diesen Verwaltungskostenzuschlag zahlen muß, für einen anderen Teil die Verpflegung aber ohne diesen Zuschlag bereitgestellt wird, für geeignet, Kameradschaft und Zusammenhalt der Truppe zu fördern?

75. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsminister Klagen von Unteroffizieren mit Portepee über erhebliche dienstliche Belastungen durch die Einteilung zu zusätzlichen Diensten (z. B. Feldwebel vom Wochendienst, Lagermeister vom Bereitschaftsdienst, OvB) bekannt, und wenn ja, wann gedenkt das Bundesverteidigungsministerium, der Anregung des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages auf Änderung der ZDv 10/6 Nr. 302 zu folgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung, wie zahlreiche andere europäische Regierungen, eine Kommission zum Abbau der bestehenden Diskriminierung von Frauen einzurichten, und wann kann dieses Gremium gegebenenfalls seine Tätigkeit aufnehmen?

77. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit von 1973 bis 1975 im Gästehaus des Senats von Berlin in der Joachimstr. 6–8 von Amts wegen Unterkunft erhalten, und wenn ja, unentgeltlich oder gegen welches Entgelt?

78. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ergeben sich hieraus Auswirkungen auf den Anspruch auf Trennungsentschädigung, und wenn ja, wurden diese berücksichtigt?

79. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Sind nach Meinung der Bundesregierung genügend wissenschaftlich gesicherte positive Erkenntnisse vorhanden, die eine zunehmende Werbung für Behandlungen mit Frisch- oder Trockenzellentherapien rechtfertigen, und was wird die Bundesregierung bei negativen Erkenntnissen dieser Behandlungsmethoden unternehmen, um unwissende Menschen, die sich solchen Behandlungen aus Unkenntnis anvertrauen, vor Gesundheitsschädigungen zu bewahren?

80. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Hält die Bundesregierung das gegenwärtig praktizierte Verfahren bei Beschwerden wegen möglicher ärztlicher Kunstfehler für ausreichend, um einen wirkungsvollen Schutz der Patienten sicherzustellen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

81. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls zu einem wirksameren Schutz der Patienten beizutragen?

82. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Mit welchen Argumenten kann die Bundesregierung die Tatsache erklären, daß die auf Grund des schon im September 1976 erlassenen Arzneimittelgesetzes zum Nachweis der geforderten Sachkunde für den Vertrieb freiverkäuflicher Arzneimittel vorgesehenen Bestimmungen für Prüfungsausschüsse und Prüfungsordnungen immer noch nicht erlassen sind?

83. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung nunmehr unverzüglich zur Beseitigung der dadurch verursachten Rechtsunsicherheit zu unternehmen, nachdem das Arzneimittelgesetz am 1. Januar 1978 in Kraft getreten ist und von den Beteiligten angewandt werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

84. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Gibt es Pläne der Bundesregierung, dem die linke Fahrspur befahrenden Autobahnbenutzer in den Fällen eine bessere Orientierungshilfe zu gewähren, in denen durch rechts dicht aufgeschlossen fahrende Lastkraftwagen die meist nur neben der rechten Fahrspur aufgestellten Hinweisschilder auf Ausfahrten etc. uneinsehbar werden?

85. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Bestehen in diesem Zusammenhang Überlegungen, auch linksseitig oder – mehr als bisher – über der Fahrbahn entsprechende Hinweisbrücken und Schilder anzubringen?

86. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Welches ist das Ergebnis des Gesprächs, das der Bundesverkehrsminister mit dem französischen Bauminister Icart am 5. Dezember 1977 in Paris über die Aussetzung des Baubeginns der Staustufe Neuburgweier führte?

87. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Trifft es zu, daß in den beiden vergangenen Wintern im Durchschnitt mehr als 20 t Streusalz auf den Autobahnkilometer verteilt wurden?

88. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Was hält die Bundesregierung von Vorschlägen, dem Streusalz Düngestoffe beizufügen, durch die bis zur Hälfte des Salzes eingespart und dem Boden wichtige Nährstoffe zugeführt werden könnten, und wird sie diese Vorschläge für ihren Verantwortungsbereich aufgreifen, um insbesondere zu verhindern, daß Bäume durch Streusalz so stark geschädigt werden, daß sie eingehen?

89. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Steht allein die Tatsache, daß entgegen der schriftlichen Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Landkreis Wesermünde und der Stadt Bremerhaven vom 8. November 1973 bzw. 21. Januar 1974 und der weiteren schriftlichen Bauplanungszusage der Stadt Bremerhaven an den ehemaligen Landkreis Wesermünde vom 22. August 1975 sowie zahlreicher entsprechender öffentlicher mündlicher Erklärungen das Land Bremen sich bis heute weigert,

die wichtige Zubringerstraße zur Bundesautobahnanschlußstelle Bremerhaven-Geestemünde/Schiffdorf auf Bremerhavener Gebiet zu planen und zu bauen, einer Bezuschussung dieses Bauvorhabens durch den Bund nach Maßgabe des Gemeindeverbandsfinanzierungsgesetzes entgegen?

90. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für notwendig und auf welche Weise gegebenenfalls für möglich, die bisherige Weigerung Bremens, seinen Anteil an dem Autobahnzubringer zu leisten, zu überwinden und sodann den Bau des Bundesautobahnzubringers Bremerhaven-Geestemünde/Schiffdorf nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu fördern, um endlich zu einer vollen Wirksamkeit der Erschließungsfunktion der Bundesautobahn für den heutigen Landkreis Cuxhaven und die Stadt Bremerhaven zu kommen?

91. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Sind der Bundesregierung die im „Spiegel" Nr. 51/77, S. 89 ff., aufgestellten Behauptungen über „Filz und Schlendrian" im Deutschen Verkehrssicherheitsrat als zutreffende Tatsachen bekannt, und welche über die qualifizierte Haushaltssperre des diesbezüglichen Mittelansatzes hinausgehenden Konsequenzen will sie gegebenenfalls daraus ziehen?

92. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Welchen Stand haben die Ausbaupläne der Deutschen Bundesbahn für den Hochgeschwindigkeitsverkehr in der Rheinebene zwischen der Schweizer Grenze und Karlsruhe, und bis wann ist mit der endgültigen Entscheidung über die Trassierung und den Baubeginn zu rechnen?

93. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundespost in Bereichen tätig wird bzw. tätig werden will, die bisher insbesondere mittelständischen Unternehmen vorbehalten waren, indem sie an ihren Schaltern sogenannte „Paketsets" (Faltschachteln, Verpackungsmaterial) vertreibt und sich um die Zulassung ihrer Schalterstellen als Toto- und Lotto-Annahmestellen sowie darum bemüht, in großen Kaufhäusern Sonderschalter zum Vertrieb der Fernsehlotterie einzurichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

94. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wieviel Projekte werden bisher mit welchem durchschnittlichen Mittelvolumen innerhalb des Programmteils „Historische Stadtkerne" des mehrjährigen Investitionsprogramms gefördert, und wie entwickelt sich bisher der Mittelabfluß in diesem Programmteil?

95. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung nach den ihr bisher vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnissen auch im Hinblick auf das Verhältnis von größeren Städten und kleineren Gemeinden, die innerhalb dieses Programms berücksichtigt werden, weiterhin für notwendig, die Fördermittel allein auf Erneuerungsgebiete nach dem Städtebauförderungsgesetz zu begrenzen, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bun-

desregierung, bestimmte erhaltenswerte Einzelvorhaben und Baudenkmäler auch außerhalb der Fördergebiete nach § 3 der zwischen Bund und Ländern zu diesem Programm abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung in die Förderung einbeziehen zu können?

96. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Scheitern ihres Energiesparprogramms, beabsichtigt sie insbesondere die energie- und konjunkturpolitischen Ziele dieses Programms auf dem Wege einer Novellierung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes zu verwirklichen?

97. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt wäre eine Novellierung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes möglich, und wie gedenkt die Bundesregierung, der von ihr in der Fragestunde vom 7. Dezember 1977 bestätigten Gefahr entgegenzutreten, daß weiterhin Investitionen zurückgehalten werden, die ohne die Ankündigung eines Energiesparprogramms getätigt worden wären?

98. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Treffen Meldungen zu, daß während der ersten Verhandlungsrunden zum nunmehr gescheiterten Bund-Länder-Energiesparprogramm die Vertreter der baden-württembergischen Landesregierung gegenüber der Bundesregierung eine aktiv bejahende Position zu diesem Programm einnahmen, und welche konjunkturpolitischen bzw. welche sonstigen wirtschaftspolitischen Folgen sind nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Scheitern dieses Programms zu befürchten?

99. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wie hat die Bundesregierung auf die von der baden-württembergischen Landesregierung gegen das gescheiterte Energiesparprogramm vorgebrachte Kritik reagiert, daß es sich hierbei um einen Fall von Mischfinanzierung handle, der den landespolitischen Spielraum verenge und dem Grundgedanken des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland widerspreche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

100. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Warum hat Bundeskanzler Schmidt in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1977/78 mit keinem Wort der Menschen in der DDR gedacht und keine Grüße an diese unsere deutschen Landsleute gerichtet?

101. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, umgehend eine Dokumentation über die Berichterstattung einmal der Presse in der DDR und zum anderen der von der DDR finanzierten kommunistischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen und diese zu veröffentlichen, aus der hervorgeht, daß diese Presse ununterbrochen und seit langem in beleidigender und hetzerischer Art und Weise politische Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland darstellt und Persönlichkeiten aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich angreift?

102.	Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Betrachtet die Bundesregierung die Schließung des Spiegelbüros als eine schwere Beeinträchtigung ihrer Beziehungen zur Regierung der DDR?
103.	Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Bedeutet die Behauptung der SED-Führung, das Manifest der Oppositionellen sei ein „Machwerk des Bundesnachrichtendienstes", nicht eine schwerwiegende Belastung ihrer Beziehungen zur Regierung der DDR?
104.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung unternommen, um die DDR-Regierung zu veranlassen, ihre gegen die Vereinbarungen des Grundlagenvertrags verstoßende Praxis gegenüber kritischen Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland aufzugeben, und wird sie auf eine weitere vertragswidrige Weigerung der DDR, einen Korrespondenten des „Spiegel" zu akkreditieren, ebenso reagieren wie sie auf frühere spektakuläre Ausweisungen von Journalisten aus der DDR reagiert hat?
105.	Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung gegen die unsinnigen Vorwürfe der DDR-Regierung gegen Bundesinstitute in Berlin (West) wann und wo unternommen, um zum einen im Rahmen der Fürsorgepflicht die angegriffenen und verunglimpften Mitarbeiter der Institute zu schützen und zum anderen die Unverfrorenheit der DDR-Regierung abzuwehren, sich anzumaßen, offizielle Institute der Bundesrepublik Deutschland zu verleumden und anzugreifen?
106.	Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Welche Schritte zum Schutz des vertraglich geregelten freien Verkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet hat die Bundesregierung unternommen, nachdem sich in den letzten Tagen die willkürliche und vertragswidrige Durchsuchung von Kraftfahrzeugen im Rahmen des Berlinverkehrs häuft?
107.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	In welcher Weise hat nach Abschluß des innerdeutschen Grundvertrags die Zahl der Deutschen, die innerhalb der Familienzusammenführung und auf Grund einer Heiratserlaubnis die DDR haben verlassen können – nach Jahren aufgeschlüsselt –, zu- oder abgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

108.	Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die statistische Genauigkeit der Angaben über die Forschungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen, vor allem auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Erfassung der Forschungsausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen anders gehandhabt wird als bei Großunternehmen?
109.	Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wird die Entwicklung marktnaher Produkte, insbesondere von Prototypanlagen, durch den Bundesforschungsminister gefördert und als Forschungsausgabe deklariert?

110. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung in den Mitgliedstaaten der Euratom Uranaufkommen, und wenn ja, welche und in welcher Größenordnung, zu denen der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 70 Abs. 4 des Euratom-Vertrags der Zugang versperrt würde, wenn sie auf Schürfungsmaßnahmen im badischen Raum, z. B. im Raum Gernsbach, verzichten würde?

111. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Durch welche Möglichkeiten der Einflußnahme im Rahmen der Kompetenzen von Bund und Ländern kann der Bund nach innen eine Erfüllung des nach außen geschlossenen Euratom-Vertrags bezüglich der Förderung von Uran sicherstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

112. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Berufsausbildung von Mädchen im gewerblich-technischen Bereich zu fördern, und ist sie bereit, durch Modellvorhaben weitere Anstöße zu geben, um Mädchen verstärkt in gewerblich-technischen Berufen, den sogenannten Männerberufen, auszubilden?

113. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob statt der von der Wirtschaft versprochenen Ausbildungsplätze von 100 000 nur 42 000 geschaffen worden sind – so Karl Schwab, Bundesvorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds- und die Struktur des Ausbildungsangebots sich hinsichtlich der Zukunftschancen der Auszubildenden verschlechtert hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

114. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster (Az. VIII A 469) auf die Leistungen gem. Bundesausbildungsförderungsgesetz?

115. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung bei der Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes aus diesem Urteil ziehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

116. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung eine Meinung darüber gebildet, ob der Sozialismus in Deutschland tot ist, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen, und worauf führt sie die festgestellte Entwicklung zurück?

117. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Gibt es innerhalb der Bundesregierung verschiedene Auffassungen zu dieser Frage, und wenn ja, hält die Bundesregierung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kabinettsmitglieder unter diesen Umständen für möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

118. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der AKP-EG-Konferenz von Maseru/Lesotho (November/Dezember 1977), und welche konkreten Schritte wird sie in diesem Zusammenhang zur Fortentwicklung der Menschenrechte ergreifen?

119. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der in Rumänien lebenden ausreisewilligen Deutschen, und wie lange würde es dauern, bis dieser Personenkreis in die Bundesrepublik Deutschland gekommen ist, wenn es – wie Presseberichten zu entnehmen ist – bei jährlich 11 000 Ausreisebewilligungen bleibt?

120. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung diejenigen Staaten im einzelnen nennen, die nach der kürzlichen Verurteilung Chiles durch die Vereinten Nationen gemäß den Maßstäben der Bundesregierung die gleiche oder eine noch strengere Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzungen verdienen, wenn für die Bundesrepublik Deutschland die ihrem Abstimmungsverhalten im Falle Chiles zugrundeliegenden Kriterien universal verpflichtend sind?

121. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, dem Deutschen Bundestag enumerativ nach Ländern mitzuteilen, bis zu welchem Grade sie bei ihrem Abstimmungsverhalten bei der Verurteilung Chiles in den Vereinten Nationen faktisch diejenigen Kriterien geteilt hat, die den kürzlich durch den Friedensnobelpreisträger amnesty international bekanntgegebenen Tatsachen und Verurteilungen zugrundelagen?

122. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeuten die Äußerungen des Bundeskanzlers über seinen Besuch in Rumänien, auf bilateralem Gebiet seien die Erwartungen, mit denen die deutsche Delegation nach Bukarest gekommen sei, voll erfüllt worden, daß sich die rumänische Regierung künftig an die von ihr mitunterzeichnete KSZE-Schlußakte von Helsinki halten und die darin versprochene Achtung der Menschenrechte – insbesondere des Rechts auf Aufreise aus jedem Land einschließlich des eigenen – voll praktizieren wird, oder wie ist verneinendenfalls die Äußerung des Bundeskanzlers zu verstehen?

123. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Welche Bemühungen hatte die Bundesregierung unternommen, um dem nun ermordeten Richard Turner den Antritt seines durch ein Stipendium der Alexander-von-Humboldt-Stiftung finanziell gesicherten Forschungsaufenthalts zu ermöglichen?

124. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Hält die Bundesregierung angesichts der Ermordung von Richard Turner und Steve Biko nunmehr ein entschiedenes Eintreten zugunsten der Beendigung des Rassismus gegenüber der Südafrikanischen Regierung für erforderlich?

125. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat sich seitens der Bundesregierung bezüglich der Interpretation des Viermächteabkommens über Berlin insofern eine Wandlung vollzogen, als in der Gemeinsamen Bukarester Erklärung vom 7. Januar 1978 nicht mehr von der „strikten Einhaltung und vollen Anwendung" sondern nur noch von einer „strikten Beachtung und vollen Anwendung" gesprochen wird?

126. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben den Bundeskanzler bewogen, in der gemeinsamen Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien die bisher in den Verträgen verwandte Formulierung „strikte Einhaltung und volle Anwendung" des Viermächteabkommens durch die Formulierung „strikte Beachtung und volle Anwendung" zu ersetzen?

127. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Wort „strikte Beachtung" eine wesentlich schwächere Formulierung darstellt als „strikte Einhaltung"?

128. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Liegt in dem Verhalten des sowjetischen Parteichefs und Staatsoberhauptes Breschnew, das die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 15. Dezember 1977 (Stenographischer Bericht über die 63. Sitzung, Seite 4902) „als Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten" der Bundesrepublik Deutschland versteht, ein Verstoß gegen Artikel 2 des Moskauer Vertrags und bejahendenfalls, was gedenkt die Bundesregierung zu tun?

129. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft die vom Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts wiedergegebene Mitteilung des dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen zu, daß der Ministerpräsident der UdSSR, Kossygin, von den skandinavischen Regierungschefs anläßlich des 60. Jahrestags der finnischen Unabhängigkeit die Abschaffung der NATO und die Ablehnung der Neutronenwaffe gefordert hat, und besteht nach Auffassung der Bundesregierung zwischen dieser Forderung und der Stellungnahme von Norwegen, Dänemark, Island und den Niederlanden zur Neutronenwaffe auf der letzten NATO-Konferenz ein Zusammenhang?

130. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Entspricht nach Auffassung der Bundesregierung die Haltung Algeriens in der Aufnahme japanischer Terroristen, in der Unterstützung der PLO, der POLISARIO und der MPAIAC sowie in der Ausschaltung einer innenpolitischen Opposition den westlichen Prinzipien des Friedens und der freiheitlichen Demokratie, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie in ihrem Verhältnis zu Algerien daraus?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Anschluß an die Untersuchung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über angebliche Verstöße von Ländern, die von der CDU/CSU regiert werden, gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 auch dazu Stellung zu nehmen, inwieweit Publikationen von Kommunen für die bevorstehenden Kommunalwahlen, beispielsweise in Bayern, eine unzulässige Wahlwerbung der derzeitigen Amtsinhaber zu ihrer Wiederwahl darstellen und somit gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 verstoßen?

2. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 für zulässig, wenn Stadträte und Stadtratskandidaten der SPD Publikationen der Bundesregierung mit ihrem eigenen Stempel versehen und zu Wahlwerbungszwecken an die Bevölkerung verteilen, und wenn nein, welche Vorkehrungen wird sie treffen, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den daraus für sie folgenden Pflichten in dieser Hinsicht Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Aufforderung des Senats von Berlin, außenpolitisch tätig zu werden, um den Zustrom der Asylanten einzudämmen, nachgekommen?

4. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Studierwillige (z. B. aus Thailand) mehrfach trotz Erhalt eines Studienplatzes ihr Studium in Deutschland (Fachhochschule) nicht aufnehmen können, da es ihnen nicht gelingt, ein neunmonatiges Betriebspraktikum zu absolvieren, und denkt die Bundesregierung aus Gründen der Verhinderung nachwirkender Enttäuschung dieser Personengruppe und langfristig zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung mit solchen Ländern daran, entweder obengenannte Voraussetzungen für diesen Personenkreis fallen zu lassen oder sich gezielt darum zu bemühen, ausländischen Studenten zu Praktikumsplätzen zu verhelfen?

5. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten des jugoslawischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik Deutschland vor?

6. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um zukünftige Übergriffe und vor allem die Entsendung von „Mordkommandos" – wie „Die Welt" vom 30. Dezember 1977 berichtete – zu unterbinden?

7. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist dem Auswärtigen Amt bekannt, daß Angehörige der thailändischen Botschaft sog. Privatscheidungen vornehmen, die sowohl nach deutschem Recht im Hinblick auf Artikel 17 Abs. 1 EGBGB als auch nach thailändischem Recht im Hinblick auf Sektion 26 des thailändischen Gesetzes betreffend Gesetzeskollisionen vom 4. August 2480 (veröffentlicht am 10. März 1939) unwirksam sind, und welche Schritte werden gegebenenfalls für geeignet gehalten, deutsche Bürger vor dieser Vorgehensweise der thailändischen Botschaft zu schützen?

8. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit über die Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz die Vorlagen der amerikanischen Commission on Security and Cooperation in Europe der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, beziehungsweise würde sie eine Veröffentlichung in geeigneter Weise unterstützen?

9. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Entspricht es internationalen Gepflogenheiten, daß ein Missionschef wichtige Vertreter der Institutionen des Gastlandes zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung einlädt, ohne deren politischen oder sonstigen Hintergrund in Betracht zu ziehen?

10. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hält sich der Botschafter ihm Rahmen seiner beamtenrechtlichen Pflichten, wenn z. B. unser Botschafter in Moskau den Chef des sowjetischen KGB zu einem Empfang einlädt oder unser Botschafter in Chile den Chef des chilenischen Staatssicherheitsdienstes oder unsere Botschafter in Moskau, Santiago de Chile, Prag, Seoul und anderen Hauptstädten vergleichbare Personen?

11. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welchen Umständen zufolge konnte nach den Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes im Falle der Helge Berger die „Gefahr des schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland" so abgewendet werden, daß „die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht tatsächlich bedroht worden ist", obwohl Frau Berger nach den Feststellungen der Bundesanwaltschaft „alle wesentlichen Einzelheiten" der deutsch-polnischen Verhandlungen und ihre Vorbereitungen verraten hat und „über Jahre hinweg über den gleichen Informationsstand über die deutsche Außenpolitik verfügte, wie jede deutsche Botschaft im Ausland" (FAZ vom 29. Oktober 1977)?

12. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Waren Staatsminister Dr. von Dohnanyi bei der Beantwortung der Frage A 133 des Abgeordneten Dr. Czaja (Stenographischer Bericht über die 57. Sitzung am 23. November 1977) diese Feststellungen der Bundesanwaltschaft und die Erkenntnisse des Prozeßverlaufs bekannt, daß „der gesamte Verhandlungsspielraums Bonns verlorengegangen sein könne", Frau Berger „eine hochrangige Quelle von großer Ergiebigkeit" während der Warschauer

Vertragsverhandlungen war (FAZ vom 29. Oktober 1977), Warschau „bis ins letzte Detail über alle Absichten und Schachzüge der Bundesrepublik Deutschland im voraus informiert war“ (Stuttgarter Zeitung vom 29. Oktober 1977), und ist Staatsminister Dr. von Dohnanyi gegebenenfalls bereit, die Antwort zu korrigieren?

13. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Waren bereits seit Jahren genügend Gründe vorhanden, mit allen Konsequenzen gegen den früheren Leiter des Goethe-Instituts in San Francisco vorzugehen, und wenn ja, wer trägt nach Auffassung der Bundesregierung die Verantwortung dafür, daß der frühere Leiter des Goethe-Instituts jahrelang dort bleiben konnte, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sicherzustellen, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt?

14. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Bedeutet die Formulierung des Staatsministers Wischnewski im Interview mit der Moskauer Zeitschrift „Neue Zeit“ (vgl. BPA-Ostinformationen vom 5. Januar 1978, S. 1), die Bedingungen dafür, daß der Besuch Breschnews in Bonn „im Interesse beider Parteien konstruktiv und positiv“ verlaufe, seien derzeit günstig, daß eine Verständigung über den Wortlaut einer Berlinformel in den dadurch bisher blockierten Abkommen erzielt worden oder zumindest wahrscheinlicher geworden ist?

15. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Hat Staatsminister Wischnewski in diesem Interview, wie in dem nach Radio Moskau wiedergegebenen Auszug in den BPA-Ostinformationen vom 6. Januar 1978 abgedruckt, tatsächlich mindestens siebenmal den Ausdruck „BRD“ bzw. „BRD-Regierung“ verwendet oder hat die „Neue Zeit“ oder Radio Moskau den Text des Interviews insofern verfälscht?

16. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen und Aufwendungen zur Gewährung konsularischen Schutzes wurden im Fall des Söldnerführers Steiner und Eichmanns seitens der Bundesregierung ergriffen bzw. gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf die Aufforderung des Senats von Berlin hin, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Anerkennungsverfahren für ausländische Asylsuchende beschleunigt werden, eingeleitet?

18. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs, das Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten wirksam abzukürzen, und inwieweit wird sie diese Möglichkeiten nutzen?

19. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Antragsbearbeitung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu beschleunigen?

20. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Liegt der Bundesregierung das Ergebnis des Prüfungsbegehrens aus der Ministerpräsidentenkonferenz vom 13. Oktober 1977 vor, wonach ein neuer Verteilerschlüssel für Asylanten auf die einzelnen Bundesländer angestrebt wird, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist diese Prüfung gekommen?

21. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährlichkeit von Stahlkugelschleudern, und ist die Bundesregierung eventuell bereit, Stahlkugelschleudern im Waffengesetz zu verbieten?

22. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Trifft es zu, daß ausländischen Sozialbetreuern der mit der Sozialbetreuung befaßten Wohlfahrtsorganisationen auf Weisung des baden-württembergischen Innenministeriums trotz langjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland die Aufenthaltsberechtigung versagt wird, obwohl diese Sozialbetreuer deutschen öffentlichen Interessen dienen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

23. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit ausländische Sozialbetreuer leichter als bisher eine Aufenthaltsberechtigung erhalten können?

24. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Beamten, für die die Bundesregierung Ausnahmegenehmigungen für außerplanmäßige bzw. nicht laufbahngerechte Beförderungen und Einstellungen in den Jahren von 1969 bis 1977 in den Besoldungsgruppen A 16 aufwärts — aufgeschlüsselt nach den einzelnen Gruppen — erwirkt hat?

25. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie verteilen sich diese Beamten auf die einzelnen Ressorts?

26. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Warum wird die Existenz einer Mülldeponie mit radioaktivem Abfall in Weisweiler erst jetzt den zuständigen Parlamentariern und der Bevölkerung bekannt, und welche Gefährdungen medizinischer Art für die Bediensteten und Angestellten des Betriebes und im Katastrophenfalle der Bevölkerung sind zu erwarten, und welche Vorkehrungen sind gegen diese möglichen Unfälle getroffen worden?

27. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in Zukunft zur Sicherung der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungsstellen getroffen, und wird sie dafür sorgen, daß in Zukunft die Bevölkerung über die Einrichtung solcher Anlagen nicht im Unklaren gelassen wird und auf die erforderlichen Schutzmaßnahmen und Auswirkungen einer solchen Deponie mit radioaktivem Abfall hingewiesen wird?

28. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrer Beurteilung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der jungen Pioniere (JP) als Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielsetzungen fest, und steht sie zu ihrer im Vorwort des Verfassungsschutzberichts 1976 vom Bundesinnenminister erhobenen Forderung, den Versuchen des orthodoxen Kommunismus, schon „Kinder und Schüler politisch zu indoktrinieren", entgegenzutreten?

29. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen der berufsständischen Organisationen der Berufsfeuerwehr, auf Grund und infolge der Vielfalt der Aufgaben der Berufsfeuerwehr herausgehobene Funktionen über die Besoldungsgruppe A 9 hinaus durch eine Zulage auch besoldungsmäßig anzuerkennen, und wird auf Grund dieser Forderungen der Berufsfeuerwehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt daran gedacht, die geplante Schaffung eines neuen Spitzenamts im mittleren Dienst der Polizei auf die entsprechenden Bereiche der Berufsfeuerwehr auszudehnen?

30. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Betreiber von Kernkraftwerken künftig an den Kosten der Katastrophenschutzvorsorge (Selbstschutz/Hilfsdienste) zu beteiligen?

31. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Könnte eine entsprechende Kostenbeteiligung gegebenenfalls über einen freiwilligen Fonds der Kernkraftwerkbetreiber erfolgen, bzw. wäre ergänzend eventuell die Einführung eines dem „Kohlepfennig" ähnlichen „Kernkraftpfennigs" zur Mitfinanzierung der Katastrophenschutzvorsorge in Betracht zu ziehen?

32. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Warnung von Wissenschaftlern der Universität von Californien vor einem unüberlegten Ausbau von Kohlekraftwerken, da nach deren Erkenntnissen die aus den Kohlekraftwerken austretende Flugasche genetische Veränderungen bei Menschen verursache, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gerade im Hinblick auf die Sicherung des künftigen Energiebedarfs zu ziehen?

33. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind der Bundesregierung die wiederholt vorgetragenen Sorgen des niedersächsischen Technischen Hilfswerks (THW) in bezug auf fehlende Ausstattung und mangelhafte Unterbringung der Ortsverbände bekannt, und wenn ja, welche Maßnahmen wurden bzw. werden ergriffen?

34. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist in diesem Zusammenhang eine baldige Änderung bei der unzureichenden Unterbringung des Technischen Hilfswerks (THW) des Ortsverbands Bassum und des Ortsverbands Hoya zu rechnen?

35. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wird die Meldung von Paß- und Ausweisverlusten zentral registriert, und werden Paßkontrollstellen über derartige Verluste informiert?

36. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, daß das Versaumnis, den Verlust von Ausweis- und Paßpapieren zu melden, unter Strafe gestellt wird?

37. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die am 16. Dezember 1977 gegen 20 Uhr auf der Bundesautobahn Koblenz/Mannheim von bewaffneter Polizei durchgeführte Kontrolle, bei der alle Verkehrsteilnehmer auf der genannten Bundesautobahn angehalten und einer Kontrolle der Fahrzeugpapiere, nicht des Fahrzeugs, unterzogen wurden, von einer Bundesdienststelle veranlaßt worden, und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage wurde die Kontrolle vorgenommen?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist der Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 19. Dezember 1977 über die grenzpolizeiliche Kontrolle von Manuskripten eines Journalisten (Thema: Gefahr des Neonazismus) zutreffend, und wenn ja, was wird die Bundesregierung veranlassen, damit sich derartige Situationen nicht wiederholen?

39. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Sind die bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend Asylverfahren (Drucksache 8/448 Nummer 6) noch nicht vorhanden gewesenen Auskünfte über Erwerbstätigkeit und Ausbildung von Asylanten jetzt verfügbar, und falls ja, welche Feststellungen lassen sich dazu treffen?

40. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Verwaltungskosten sind dem Bund bei der Abwicklung der Asylverfahren beim Bundesamt bzw. den einzelnen Gerichtsinstanzen in den Jahren 1976 und 1977 jeweils entstanden?

41. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Maßnahmen im Bereich des Boxens – insbesondere des Berufsboxens – auf Grund der vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft erstellten und im April 1977 vorgelegten Studie „Boxen und Gesundheit – Zur Frage von Langzeitschäden und ihrer Verhütung" eingeleitet worden sind?

42. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß vor allem kommerzielle Mißstände im Berufsboxen im Interesse des gesundheitlichen Schutzes der finanziell meist abhängigen Berufsboxer bekämpft werden müssen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Bemühungen – auch als Ergebnis der Boxstudie des Bundesinstituts für Sportwissenschaft – zu unterstützen?

43. Abgeordneter **Koblitz** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Lagerung von ca. 1 100 Tonnen Uranhexafluorid in einer Lagerhalle der ehemaligen Brikettfabrik der Rhein-Braun AG in Eschweiler-Weisweiler für die Bevölkerung in dieser Ballungsrandzone für gefährlich, und hält sie die vom Regierungspräsidenten in Köln angeordneten Sicherungs- und Bewachungsmaßnahmen für ausreichend?

44. Abgeordneter **Koblitz** (SPD)

Ist sichergestellt, daß bis zum Ablauf der Genehmigung am 30. Juni 1978 die eingelagerten Mengen abtransportiert werden, und welcher endgültige Lagerplatz ist vorgesehen?

45. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung im „Frauenboxen" gesundheitliche Gefahren, und was kann sie gegebenenfalls im Rahmen ihrer Zuständigkeit tun, um mögliche oder wahrscheinliche Gesundheitsschäden zu verhindern?

46. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Betrachtet es die Bundesregierung als für die Anerkennung als politischer Flüchtling hinreichendes Fluchtmotiv. wenn Bürger aus der DDR deshalb in die Bundesrepublik Deutschland kommen, weil sie ihre Kinder nicht der atheistischen Jugendweihe des kommunistischen Regimes aussetzen wollen?

47. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Bezeichnung „Berufsverbote“ zur Kennzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Nichteinstellung extremistischer Bewerber in den öffentlichen Dienst für angemessen?

48. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind die für 1977 in der Erwartung einer vermehrten Antragsstellung nach dem Fluglärmgesetz bereitgestellten zwei Millionen DM in Anspruch genommen worden, nachdem 1976, also fünf Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes, noch keine einzige Mark dem vom Gesetzgeber begünstigten Personenkreis aus Bundesmitteln zugeflossen war?

49. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie viele Terroristen haben sich bisher bei der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Organen gemeldet, und wie beurteilt die Bundesregierung die Aussicht, daß sich welche melden?

50. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Übersetzungen der Fahndungsblätter nach den Terroristen in andere Sprachen auf ihre Richtigkeit und Sinngemäßheit überprüft werden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Übersetzung ins Serbokroatische „haarsträubende Fehler“, wie der Präsident des Bundeskriminalamts Herold zugab, enthielt?

51. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Will die Bundesregierung auf Grund des vorgelegten Berichts des Europäischen Parlaments zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Empfehlung über Fluorkohlenwasserstoffe (Dok. 417/77) ihre Bemühungen um die Substitution der Fluorkohlenwasserstoffe intensivieren und insbesondere das Votum des Europäischen Parlaments unterstützen, daß die o. a. Empfehlung in eine verbindlichere Richtlinie umgewandelt wird?

52. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Erfahrungen mit dem Gebrauch von Skistoppern im Verhältnis zu Fangriemen in bezug auf die Sicherheit des Skifahrers selbst bzw. die Beeinträchtigung der anderen Skifahrer gemacht wurden, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

53. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wird die Bundesregierung gesetzgeberisch tätig werden, um der zunehmenden Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda Einhalt zu gebieten, die in Form von sog. Original-Bild- und -Tondokumentationen ohne begleitende Kommentierung auf den Bücher- und Schallplattenmarkt kommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

54. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Sind die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Anfragen Nummer 25 und 26 aus der Drucksache 8/838 dargestellten Abstimmungen zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die steuerliche Behandlung der Wohnbesitzberechtigten abgeschlossen?

55. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, nunmehr die, lediglich mit einer Zwischenmitteilung bedachten, Fragen Nummer 25 und 26 aus der Drucksache 8/838 endgültig zu beantworten?

56. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist vorgesehen, den Schwerbehinderten und Körperbeschädigten, die auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind, ohne berufstätig zu sein, die Absetzungsmöglichkeit der Kilometerpauschale zusätzlich zum jährlichen Pauschbetrag von 960 DM zu gewähren?

57. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei Straßen- und Wegeschäden, die von der Bundeswehr oder den Stationierungsstreitkräften verursacht werden, den Gemeinden für die ihnen bei der Beseitigung dieser Schäden entstehenden Verwaltungskosten eine angemessene Pauschalentschädigung zu gewähren?

58. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sind der Bundesregierung Bestrebungen der Vereinigten Staaten bekannt, deutsche Bedienstete zu Gunsten des zivilen Gefolges der Streitkräfte zu entlassen bzw. im Falle der natürlichen Fluktuation nicht zu ersetzen, und was wird sie unternehmen, um die Arbeitsplätze der deutschen Arbeitnehmer bei den Streitkräften der Vereinigten Staaten zu erhalten?

59. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dem Prüfbericht des amerikanischen Rechnungshofs den Auftakt zu einer gezielten Änderung der Beschäftigungspolitik der US-Streitkräfte, und was wird sie unternehmen, um einer solchen Entwicklung zu Lasten der deutschen Arbeitnehmer entgegen zu wirken?

60. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß ähnlich wie in den Niederlanden Geldscheine mit der jeweiligen Zahl des Nennwerts in Blindenschrift hergestellt werden?

61. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wann ist damit zu rechnen, daß ein Teil des britischen Munitionsdepots in der Gemeinde Brüggen im Kreise Viersen für den Tonabbau freigegeben wird?

62. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine baldige Erhöhung des Personalstands beim Zollamt Aachen—Autobahn-Süd, um damit der erheblich gestiegenen Zahl der Einreisen und Ausreisen (Lkw: 184 000 im Jahr 1968, 370 000 im Jahr 1976) Rechnung zu tragen?

63. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung nach dem bisherigen Ergebnis ihrer Prüfung dieser Angelegenheit für einen belanglosen Vorgang, wenn die VW-Niederlassung in Chile aus Anlaß des vierten Jahrestags des Militärputsches in einer dortigen Tageszeitung wie folgt inseriert: „Die Familie Volkswagen möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Möglichkeit danken, daß sie in dieses Land kommen durfte, um mit seinem Volk Freiheit, Wohlstand und Lebensfreude zu teilen.", oder stimmt mir die Bundesregierung zu, wenn ich diese Art von „Geschäftswerbung" angesichts der in Chile herrschenden Verhältnisse für instinktlos, dem deutschen Ansehen schadend und dem Konzern-

interesse zuwiderlaufend erachte, und wie wird sie gegebenenfalls ihren Einfluß gegenüber dem VW-Konzern geltend machen, um eine Wiederholung solcher Verbeugungen vor den Machthabern in Chile oder in anderen Ländern, in denen ähnliche Verhältnisse herrschen, künftig auszuschließen?

64. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Wie weit ist die Bundesregierung mit den Vorbereitungen für eine Rechtsverordnung, mit der die Verteilung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer auf die einzelnen Gemeinden aktualisiert wird, nachdem nunmehr die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1974 vorliegen und für die Bemessung herangezogen werden können?

65. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Verkauf eines Teils der sich im Besitz der Bundesvermögensverwaltung befindlichen Parzelle 40 in Flur 61 und 63 der Gemarkung Ems an die Verbandsgemeinde Bad Ems, Rhein-Lahn-Kreis, zwecks Errichtung eines Bauhofs zuzustimmen?

66. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß der dort ermittelte Schätzwert von 10 DM pro qm nur für den bebaubaren Teil des Grundstücks angemessen ist, und der als Hanglage unbebaubare Teil zu einem niedrigeren Preis veräußert werden sollte?

67. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Besteht ein grundsätzlicher völkerrechtlicher Unterschied in den Argumenten, die zur Verabschiedung der Resolution des Wirtschafts- und Finanzausschusses durch die UN-Vollversammlung mit der Aufforderung an Israel zur Entschädigung der arabischen Völker und Staaten für Vertreibungsverluste geführt haben einerseits, und dem auf Artikel 14 des Grundgesetzes gestützten Anspruch deutscher Staatsangehöriger andererseits, daß mit ähnlichen Argumenten ihr Heimatstaat die volle Wiedergutmachung für die völkerrechtswidrige Konfiskation des privaten Vermögens deutscher Heimatvertriebener von den das Unrecht verursachenden Staaten fordert?

68. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Besteht noch die Absicht, die den anerkannten Belangen der Vertriebenen und Flüchtlinge schädlichen Fusionierungspläne bezüglich der Lastenausgleichsbank weiter zu verfolgen, die Unruhe in die Erfüllung des Eigenauftrags dieser Bank für die wirtschaftliche Förderung der Geschädigten, insbesondere auch der Aussiedler und in die Rationalisierung der Arbeitsabläufe bei der Auszahlung von zahllosen Leistungen der Ausgleichsverwaltung in neun Ländern zu bringen, aber auch die Bank mit Geschäften im Wettbewerb mit öffentlich-rechtlichen und privaten Banken zu belasten geeignet sind, oder beabsichtigt die Bundesregierung vielmehr, das Stammkapital der Lastenausgleichsbank mit Hilfe der für die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Geschädigten bei der Deutschen Pfandbriefanstalt nicht mehr benötigten Mittel des Ausgleichsfonds aufzustocken?

69. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der am 1. Januar 1978 in Kraft getretenen neuen Bundesabgabenordnung, die die Umsatzsteuerfreiheit nach § 4 Nr. 16 UStG vieler privaten und gemeinnützigen Alten- und Pflegeheime beseitigt?

70. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsatzsteuerfreiheit für private und gemeinnützige Alten- und Pflegeheime wiederherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

71. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Sind wiederholt getroffene Feststellungen zutreffend, denenzufolge die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Schutze der Berufsbezeichnung „Drogist" bzw. zum Schutze der Geschäftsbezeichnung „Drogerie" plant?

72. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß Kürzungen beim Öleinkauf im Irak durch die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung staatlicher Stellen zu einer „Störung im Handel zwischen beiden Staaten" geführt haben und daß deshalb Auftragserteilungen an deutsche Firmen, z. B. durch die State Organization of Tourism in Bagdad für Hotelbauten, storniert worden sind und an Firmen in anderen Ländern vergeben werden sollen, bis eine Änderung der restriktiven Haltung der Bundesrepublik Deutschland beim Öleinkauf abzusehen sei?

73. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, hier durch Änderung der bezeichneten Maßnahmen oder auf andere Weise zugunsten deutscher Unternehmen, insbesondere des Bausektors, tätig zu werden, um möglicherweise vermeidbare zusätzliche Belastungen einer konjunkturell stark benachteiligten Branche – die möglicherweise durch entsprechende Maßnahmen anderer arabischer Länder verstärkt werden könnten – zu verhindern?

74. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung über den Rückgang von Milch- und Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften von 1970 bis heute vor, und wie beurteilt sie die wahrscheinliche Entwicklung bis 1980?

75. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß insbesondere in Landgemeinden Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte haben schließen müssen, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung dieser, insbesondere für ältere Leute, Kranke und kinderreiche Familien, nachteiligen Entwicklung zu begegnen?

76. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die auf Grund von Lieferverträgen mit der DDR für die Orte Walkenried, Wieda, Zorge, Bad Sachsa und Braunlage bezogenen Strommengen nicht den üblichen Normen (220 Volt – 50 Hertz) entsprechen, so daß die elektrischen Geräte in den Haushalten, in der Wirtschaft und insbesondere in den medizinischen Einrichtungen nicht nur einem erhöhten Verschleiß unterliegen sondern auch zu Ungenauigkeiten (Fehldiagnosen) führen, und ist die Bundesregierung bereit, die DDR auf diese Tatbestände hinzuweisen und um die Lieferung der entsprechenden Stromstärken zu ersuchen?

77. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie groß wird der Steinkohlenbedarf – differenziert nach deutscher Steinkohle und Importkohle – nach Ansicht der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000 insgesamt und für die Verstromung sein, wenn die in der „Informationsanlage“ zur Fortschreibung des Energieprogramms angeführten Zahlen zum Energieverbrauch zugrundegelegt werden?

78. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung einen verstärkten Import von Steinkohle aus der Volksrepublik Polen, und hat sie gegenüber der dortigen Regierung schon entsprechende Zusagen im Hinblick auf die Kreditfinanzierung der Lieferung gemacht?

79. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die von Experten durchgeführten Berechnungen bekannt, wonach es für die Erdöl- und Erdgaswirtschaft des Iran in Verbindung mit den Industrialisierungsplänen dieses Landes wirtschaftlicher und auch sonst sinnvoller ist, anstelle des Exports von Flüssiggas (LNG) das Erdgas auf verschiedene Weise im eigenen Lande zu verwenden und teilweise auch zu konservieren, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

80. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung im einzelnen mitteilen, welche Planungen hinsichtlich der zukünftigen Verwendung des Erdgases im Iran bestehen und auf welchen Gebieten und inwieweit diesbezügliche Maßnahmen schon eingeleitet worden sind oder vorbereitet werden, und welche energiepolitischen Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

81. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Liegt das Energiepreisniveau Japans nach dem Wissensstand der Bundesregierung über dem anderer westlicher Industriestaaten, und wenn ja, kann die Bundesregierung die Gründe und Anhaltswerte für das höhere Energiepreisniveau Japans mitteilen?

82. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Könnten die Förderländer am persisch-arabischen Golf bei einem Export von verflüssigtem Erdgas (LNG) in die Bundesrepublik Deutschland – wegen des hier gegebenen Energiepreisniveaus – nach dem Wissensstand der Bundesregierung keinen Erlös erzielen und würden evtl. zukünftige Verträge über LNG-Export aus dem Golf aller Voraussicht nach mit japanischen Importeuren abgeschlossen, weil sie transportgünstiger liegen und auf Grund des Energiepreisniveaus in ihrem Land höhere Preise zahlen können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

83. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ab wann und in welchem Umfang Nigeria verflüssigtes Erdgas (LNG) exportieren wird, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung?

84. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Wird – wenn es zum Export von LNG aus Nigeria kommt – nach dem Wissensstand der Bundesregierung der erste große Lieferkontrakt mit den USA abgeschlossen, weil diese höhere Preise zahlen können und evtl. weitere Liefermengen dann voraussichtlich mit Importeuren Frankreichs und Italiens kontrahiert würden, die sich in der Nachfragekonkurrenz um Erdgas ebenfalls mit höheren Preisen

bzw. sonstigen Vorteilen für das Exportland eine Bevorzugung verschaffen können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Tendenzen für unsere zukünftige Versorgung?

85. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Arbeitsplätze deutscher Arbeitnehmer vor Billigimporten von Glühlampen aus ost- und mitteleuropäischen Staatshandelsländern zu schützen, deren Einfuhr sich von 18,8 v. H. des Gesamtimports im Jahr 1974 auf 46,1 v. H. im 1. Halbjahr 1977 gesteigert hat?

86. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

In welcher Höhe ist die Umstellung der Schachtanlage Hansa auf den Hydrobergbau durch die Bundesregierung gefördert worden?

87. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die weitere Entwicklung der Hydrotechnik und die Entwicklung der dazu erforderlichen Abbauverfahren auch in den nächsten Jahren zu fördern, und welche Mittel sollen dazu zur Verfügung gestellt werden?

88. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die EG-Kommission dem EG-Ministerrat einen Richtlinienentwurf zugeleitet hat, in dem definitive Übergangsregelungen zur ausschließlichen Zulässigkeit der 0,75 Literflasche enthalten sind?

89. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die USA und Kanada die Flaschengröße 0,75 Liter schon ab 1. Januar 1979 vorschreiben, und wenn ja, warum ist dann eine allgemeine Anpassung an die Vorschriften dieser beiden Länder im EG-Raum erforderlich?

90. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wie weit sind die Arbeiten an den Rechtsverordnungen nach §§ 26 und 27 des Gesetzes über die Allgemeinen Bedingungen der Energieversorgungsunternehmen und die Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser und Fernwärme, und wann ist mit ihrem Inkrafttreten zu rechnen?

91. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Treffen Meldungen zu, daß die Republik Südafrika unter Umgehung der deutschen Außenwirtschaftsverordnung durch falsche Angaben über den Verwendungszweck bei der Sterkrade AG Turboverdichter für die Urananreicherungsanlage in Pelindaba bezogen hat, und in wieviel weiteren Fällen wurde gegebenenfalls auf diese Weise beim Export nuklearer Anlagen die Außenwirtschaftsverordnung der Bundesrepublik Deutschland umgangen?

92. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls aus einer derartigen Umgehung der Genehmigungspflicht für nukleare Technologieexporte im Hinblick auf eine eventuelle Veränderung der Außenwirtschaftsverordnung oder deren veränderte Anwendung ziehen?

93. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in Ottenhöfen-Furschenbach, Gewann Günsberg, durch die Industrieverwaltungs-GmbH Bonn-Bad Godesberg nach Kasernen für die Einlagerung von Erdöl gesucht wird?

94. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung in bezug auf künftige Erdgasimportmöglichkeiten angesichts der Bestrebungen unseres Nachbarn Dänemark, eigene Erdgasvorräte in Zukunft nicht mehr zu exportieren?

95. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen unternimmt die Bundesrepublik Deutschland zur Belebung des bilateralen Handels mit der Republik Taiwan, zur langfristigen Ausgleichung unseres Handelsbilanzdefizits gegenüber diesem Handelspartner sowie zur Erhaltung eines ausgewogenen internationalen Wettbewerbs um Auftragserteilungen aus Taiwan?

96. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Sind nach dem Wissensstand der Bundesregierung Informationen zutreffend, nach denen die erschließbaren Erdgasvorräte in der Nordsee auf Grund weiterer Explorationsergebnisse heute niedriger geschätzt werden als zu Beginn der Öl- und Gasgewinnung aus der Nordsee, und kann die Bundesregierung Zahlen über die früheren Schätzungen und über die nunmehrigen Schätzungen der Nordsee-Erdgasvorräte der einzelnen Länder mitteilen?

97. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Mit welcher Erdgasproduktion (in Milliarden cbm pro Jahr) der einzelnen Länder mit Vorräten in der Nordsee ist nach Auffassung der Bundesregierung unter dem hier zugrundezulegenden Zeithorizont, d. h. bis Anfang der 90er Jahre zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

98. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um bei den sich immer mehr umgreifenden Praktiken einer Damwildhaltung zur Fleischproduktion in Klein- und Kleinstarealen die Forderung des Tierschutzes, Naturschutzes, Landschaftsschutzes, des Jagd- und Lebensmittelrechts sicherzustellen?

99. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung genaue Informationen über die Zahl der in solchen Klein- und Kleinstarealen gehaltenen Wildtiere vor, und hält sie die hierbei zutage tretenden Einschränkungen des Lebensraums dieser Tiere sowie des Schutzanliegens einer so gehaltenen Wildtierart mit den Grundsätzen des Tierschutzrechts, insbesondere mit § 1 des Tierschutzgesetzes vom 24. Juli 1972, für vertretbar?

100. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen für die Kutterfischerei aus der von der DDR zum 1. Januar 1978 angekündigten Ausweitung ihrer Fischereizone in der Ostsee nach dem sogenannten Mittellinienprinzip, und was gedenkt sie zu tun, den von Massenentlassungen bedrohten Kutterbetrieben, genossenschaftlichen Zusammenschlüssen und fischverarbeitenden Betrieben zu helfen?

101. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)

Wie hoch liegt, nach Feststellungen der Bundesregierung, der Preis des infolge des Lomé-Abkommens aus einigen AKP-Staaten in die ohnehin genügend Zucker produzierende Europäische Gemeinschaft und in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Zuckers über jenem des Weltmarkts?

102. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)

Was bedeuten die von der Bundesregierung gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse über die Praktizierung des Lomé-Abkommens hinsichtlich des Problems von Preisgarantien, und welche Auswirkung solcher Garantien auf die Produktionspolitik der AKP-Länder hat sie festgestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

103. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, den begünstigten Personenkreis für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr zu erweitern, und hat die Bundesregierung die Absicht, den am 7. November 1974 eingebrachten Gesetzentwurf über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr (UnBefG) Bundesrats-Drucksache 736/74 erneut in die parlamentarischen Beratungen einzubringen?

104. Abgeordneter
Walther
(SPD)

Trifft es zu, daß sozialversicherungsrechtliche Regelungen dazu animieren, daß insbesondere im Bereich des Reinigungsgewerbes Arbeitnehmer gezwungen werden können, geringere Stundenverdienste und/oder kürzere Wochenarbeitszeiten zu akzeptieren, und wenn ja, welche Bestimmungen sind dies, und was kann gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung getan werden, um die oben aufgezeigten Mißstände zu ändern?

105. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf europäischer Ebene einen Ausgleichsfonds einzurichten, der die ehemaligen Wanderarbeitnehmern im Sozialleistungsbereich (Renten) durch Währungsverluste entstehenden Härten mindern würde?

106. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Vorlage eines Sonderberichts über „besondere, die soziale Lage betreffende Fragen“ durch die EG-Kommission (Artikel 122 Abs. 2 EWG-Vertrag), der die Möglichkeit bieten würde zu prüfen, ob ein Ausgleichfonds im genannten Sinne geschaffen werden kann, hinzuwirken, und gegebenenfalls einen dafür erforderlichen Antrag des Europäischen Parlaments zu unterstützen?

107. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)

Trifft es zu, daß durch die verschiedenen Zuständigkeiten bei der Eingliederung Behinderter immer wieder erhebliche Schwierigkeiten auftreten, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

108. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)

Ist insbesondere beabsichtigt, die Zuständigkeit auf einen Versicherungsträger (Bundesanstalt für Arbeit oder Landesversicherungsanstalten) zu übertragen?

109. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Wie äußert sich die Bundesregierung zu dem in der Öffentlichkeit – z. B. im Rundfunkkommentar von Norbert P. Engel für den Hessischen Rundfunk und den Sender Freies Berlin am 1. Dezember 1977 – erhobenen Vorwurf, wonach die Tatsache, daß die Bundesregierung sich im Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über die Wehrdienstnovelle lediglich durch einen Rechtsprofessor vertreten lasse und keinen Bundesminister oder Staatssekretär in die Verhandlung entsandt habe, darauf schließen lasse, daß angesichts der gestiegenen Zahl von Wehrdienstverweigerern die Bundesregierung nicht mehr an einem positiven Ausgang des Prozesses interessiert ist?

110. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß, in dem schwerbehinderte Berufstätige häufiger durch Erkrankung vom Arbeitsplatz fernbleiben müssen als nicht behinderte?

111. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wäre es nicht gerecht, wenn Unternehmen, die mehr Schwerbehinderte beschäftigen, als sie einzustellen verpflichtet wären, dafür eine Ausgleichszahlung aus dem Fonds erhielten, in den diejenigen Firmen einzahlen, die ihre Verpflichtungen bei der Einstellung von Schwerbehinderten nicht erfüllen, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?

112. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für Totgeburten einerseits eine Beerdigung wie bei anderen Todesfällen vorgeschrieben ist, wenn das Kind mindestens 35 cm groß war, daß aber andererseits die Eltern diesem Kind keinen Vornamen erteilen dürfen und daß sie außerdem aus der gesetzlichen Krankenversicherung kein Sterbegeld oder nur einen geringen Bruchteil der heutigen Beerdigungskosten erstattet erhalten, und wenn ja, wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß entweder das Recht der Namensgebung sowie die Reichsversicherungordnung an die Bestattungsvorschriften angepaßt werden oder umgekehrt?

113. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Seit wann liegt der Bundesregierung das von ihr bei Prof. Armbruster, Berlin, in Auftrag gegebene Gutachten über die gesundheitlichen Auswirkungen von Tätigkeiten vor Bildschirmgeräten vor, und zu welchem Ergebnis kommt dieses Gutachten?

114. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung das Ergebnis des Gutachtens veröffentlichen bzw. es der insoweit interessierten Öffentlichkeit in vollem Umfang zugänglich machen?

115. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bund-Länder-Kommission, die an einer Konzeption über die Ausländerbeschäftigung arbeitet, unter anderem eine längere Aufenthaltsberechtigung daran binden will, daß die Betroffenen den Nachweis über eine ausreichende deutsche Sprachkenntnis führen sollen?

116. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Kann die Bundesregierung klarstellen, welcher Personenkreis ausländischer Gastarbeiter von einer solchen Regelung erfaßt werden soll, und daß hiervon auf keinen Fall Arbeitskräfte aus den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften betroffen sein werden?

117. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Welche Belastungen entstehen der Bundesanstalt für Arbeit aus der Regelung des § 45 des Bundeskindergeldgesetzes durch die Kontrolle, ob Antragsteller oder ihre Ehegatten Anspruch auf Kindergeld gegenüber einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber oder Dienstherren haben?

118. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Welche Belastungen ergeben sich beim Wechsel der Zuständigkeit?

119. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Ist eine einheitliche Rechtsanwendung bei der Vielzahl der Träger bei den Kindergeldleistungen sichergestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

120. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in der Presse gemeldet – im Jahr 1976 durch Terroristen und sonstige Elemente bei der Bundeswehr 127 Waffen, 17 000 Patronen, 6,2 Kilogramm TNT und 34 Funkgeräte gestohlen wurden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, derartige Diebstähle in Zukunft zu verhindern?

121. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie ist der Stand der Überlegungen der Bundesregierung zum Beschaffungsvorhaben AWACS?

122. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Welche Änderungen haben sich in der Beurteilung der Bundesregierung seit dem 19. Januar dieses Jahres ergeben?

123. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Forderungen des Deutschen Bundeswehr-Verbands nachzukommen und rückwirkend ab 1. November 1977 den eingeführten Personal- und Sachkostenzuschlag zum Verpflegungsgeld bei freiwilliger Teilnahme an der Truppenverpflegung wieder rückgängig zu machen?

124. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die deutschen Zivilbeschäftigten bei der niederländischen Einheit in Seedorf gemäß Titel VII Nr. 2 in Verbindung mit Titel VI Nr. 2 der „Technischen Vereinbarung" von der Bundeswehr eingestellt, entlohnt, befördert und entlassen werden, also Angehörige des deutschen öffentlichen Dienstes sind, während dieser Status den Zivilbeschäftigten bei den übrigen NATO-Stationierungsstreitkräften verwehrt wird, und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung diese Tatsache mit dem Gleichheitsgebot des Artikels 3 des Grundgesetzes?

125. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die UdSSR derzeit 300 bis 400 mobile Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 in Stellung bringt, die feststoffgetrieben und mit atomaren Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind, und die bei einer Reichweite von 5 000 km ausschließlich gegen Westeuropa gerichtet sind, und welche sonstigen Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über diese neue sowjetische Rüstungseskalation?

126.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Welches Gewicht mißt die Bundesregierung den Argumenten der sowjetischen Regierung gegen die Einführung der sogenannten Neutronenwaffe im nordatlantischen Bündnis angesichts der vorauseilenden sowjetischen Rüstungseskalation durch die Stationierungen neuer Mittelstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen und Festtreibstoff gegen Westeuropa zu?
127.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Trifft es zu, daß bei der Vergabe von Bauaufträgen durch den Bund in Zonenrandgebieten das ortsansässige Gewerbe bei Angebotsgleichheit vor auswärtigen Ausschreibungsteilnehmern aus strukturpolitischen Gründen den Vorzug erhält?
128.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Falls dies zutrifft, aus welchen Gründen ist das ortsansässige Baugewerbe bei den Ausschreibungen für den Bau einer neuen Bundeswehrkaserne im besonders strukturschwachen Hofgeismar nicht berücksichtigt worden?
129.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Ist beabsichtigt, das Kasernen- bzw. Truppenübungsgelände der Bundeswehr (Transportbataillon 861) in Achern zu erweitern, und wenn ja, in welchem Umfang soll dies geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

130.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wann wird die Bundesregierung voraussichtlich ihre Stellungnahme zu dem Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland – Zur psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Versorgung der Bevölkerung (Drucksache 7/4200) abgeben, nachdem seit der Zuleitung mehr als zwei Jahre verstrichen sind?
131.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die von den Ländern erbetenen Stellungnahmen zu dem o. g. Bericht noch nicht alle eingegangen sind, und von welchen Ländern sind gegebenenfalls die Stellungnahmen bis wann zu erwarten?
132.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wie weit ist der Prozess der Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts innerhalb der Bundesregierung gediehen, und welche Schwierigkeiten sind hier noch bis zum Abschluß dieser Abstimmung zu überwinden?
133.	Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Verbraucher, die Lebensmittel von staatlichen Stellen auf Mängel untersuchen lassen, keine Entschädigung für das von ihnen gekaufte Produkt erhalten und somit finanzielle Einbußen erleiden, die u. U. die Initiative der Bürger zu solchen Reklamationen hemmen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Gesetzeslücke zu schließen?
134.	Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung bei der Behandlung mit Frisch- und Trockenzellen (Sendung des WDR am 28. Dezember 1977) mit Risiken und Gefahren zu rechnen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern zu schützen, die solche Behandlungen anwenden lassen?

135. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß die Apotheker durch Befolgung der Verordnung nach § 35 des Arzneimittelgesetzes über verschreibungspflichtige Arzneimittel vom 31. Oktober 1977 gegenüber den Ärzten in eine Kontrollfunktion hineinmanövriert werden, die ihnen einerseits nicht zusteht, andererseits auch nicht von ihnen wahrgenommen werden kann, solange eine Verschreibungsverordnung für Ärzte fehlt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

136. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Verschreibungsverordnung für Ärzte zu erlassen und in Kraft zu setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

137. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei der Auffassung, daß eine Autobahn von Geisingen über Blumberg in Richtung Waldshut wegen der schwierigen Topographie nicht in Betracht kommt (vgl. Antwort auf meine Fragen in der Fragestunde vom 9./10. April 1975)?

138. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wird dagegen in den kommenden Jahren im Wutachtal im Bereich der B 314 wenigstens durch Zwischenausbau eine Verbesserung der Straßenverhältnisse erreicht?

139. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, über das Bundesverkehrsministerium umgehend das Planfeststellungsverfahren zur Verlegung und Trassierung der Bundesstraße 188 im Gebiet des Ortsteils Kästorf der Stadt Wolfsburg durchführen zu lassen, damit das angrenzende Baugebiet Kreuzheide-Süd vorzeitig von der Stadt erschlossen werden kann?

140. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer elastischen Verwirklichung von Konjunktur- und Straßenbauprogrammen der geplanten Ortsumgehung im Ortsteil Kästorf der Stadt Wolfsburg eine höhere Priorität einzuräumen und demzufolge unter Einsatz von Restmitteln des Bundesfernstraßenbaus oder mit bereits bewilligten und an anderer Stelle nicht verausgabten Mitteln eine schnelle Baudurchführung zu gewährleisten?

141. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Besteht für Gemeinden, die im Vorgriff auf die zu erwartende Schallschutzregelung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz aktiv werden und bereits jetzt erforderliche Schallschutzmaßnahmen ergreifen, die Möglichkeit, die ihnen hierdurch entstandenen Kosten später vom Träger der Straßenbaulast erstattet zu bekommen?

142. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei Lärmschutzmaßnahmen an Autobahnen solche Streckenabschnitte bevorzugt zu berücksichtigen, die, wie etwa die durch das Gebiet der Stadt Quickborn führenden Autobahnen, infolge hoher Verkehrsfrequenz mit starkem Lkw-Anteil störende Auswirkungen für anliegende Wohngebiete haben?

143. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bau der S-Bahn von Düsseldorf über Erkrath, Hochdahl, Wuppertal nach Hagen baldmöglichst in Angriff zu nehmen, und wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

144. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Landkreis Kusel neben der Glantalbahn auch die Strecken Stauderheim – Lauterecken – Altenglan bzw. Lauterecken – Kaiserslautern der Lautertalbahn nun doch stillgelegt werden sollen?

145. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Sind gegebenenfalls die Gründe für diese Stillegung mit den Zielen der Raumordnungspolitik der Bundesregierung zu vereinbaren, und tragen sie der Notwendigkeit Rechnung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in dem von großer Wirtschaftsschwäche gekennzeichneten Landkreis Kusel zu verbessern?

146. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Deutschen Bundesbahn die sogenannte Rixen-Nonstopp-Technik, die die Ankoppelung von Waggons an fahrende Züge ermöglicht, bekannt, und gedenkt sie, dieses von dem unabhängigen Sachverständigen Dr. Bernsau positiv beurteilte Verfahren zu erproben?

147. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welche Gründe haben die Deutsche Bundesbahn veranlaßt, in vielen IC- und TEE-Zügen den Zugpostfunk-Telefonbetrieb ab Mitte Dezember 1977 einzustellen, ohne die Kunden über diesen Serviceabbau zu informieren?

148. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welche technischen Gründe erlauben es der Deutschen Bundesbahn nicht, den bisherigen Zugpostfunk-Telefonbetrieb bis ein oder zwei Tage vor der Umrüstung auf Selbstwählfunktelefonbetrieb aufrechtzuerhalten?

149. Abgeordneter **Mahne** (SPD)

Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß bei dem schriftlichen Anhörungsverfahren und den Regionalgesprächen zur Umstellung von Schienenpersonenverkehr auf Busbedienung auch die regionalen Vertretungen der Gewerkschaften beteiligt werden?

150. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den vollen Ausbau der Autobahn A 56 zwischen Düren und Zülpich sobald wie möglich zu verwirklichen, insbesondere für das Teilstück bis Vettweiß, und welche Ausbaustufen sind im einzelnen zeitlich vorgesehen?

151. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wann kann verbindlich festgestellt werden, daß für die vorgesehene Autobahn A 56 westlich Düren ein echter Bedarf vorliegt?

152. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wann ist in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inkrafttreten der neuen ICAO-Hindernisrichtlinien zu rechnen?

153. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Werden die neuen ICAO-Hindernisrichtlinien schon vor ihrem Inkrafttreten, also bereits ab 1. Januar 1978, den Planungen und Genehmigungen des Bundesverkehrsministeriums zugrundegelegt, und wenn nicht, warum?

154.	Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung – wie in der Stuttgarter Zeitung vom 21. Dezember 1977 berichtet – bisher unterlassen hat, den Geiselopfern der nach Mogadischu entführten Lufthansa-Maschine Landshut nach ihrer Befreiung psychotherapeutische Betreuung oder Beratung anzubieten, und wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor?
155.	Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, den Entführungsopfern psychotherapeutische Hilfen zur Verminderung seelischer Schäden anzubieten, wie dies in Holland und den USA bei vergleichbaren Fällen versucht wurde?
156.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wird die Bundesregierung die Forderung des Deutschen Alpenvereins, das Helikopter-Skiing wegen der Störungen der großen Masse der in den Alpen Erholung suchenden Skifahrer und Bergsteiger und auch für das Wild und nicht zuletzt wegen der Gefährdung der Teilnehmer an solchen Flügen einzustellen, zum Anlaß nehmen, ein Verbot solcher Flüge in Erwägung zu ziehen, und wenn nein, warum nicht?
157.	Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Will die Bundesregierung die zentral gesteuerte Verkehrsabwicklung auf dem Nord-Ostsee-Kanal aufgeben, obwohl mehrere unabhängige Gutachter, der Gesamtpersonalrat des Kanalamts und die Lotsenbrüderschaft davor gewarnt haben, und wenn ja, aus welchen Gründen?
158.	Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Will die Bundesregierung das Wasser- und Schiffahrtsamt Ostsee von Kiel nach Lübeck verlegen, obwohl die Projektgruppe Organisation der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung Kiel als optimalen Standort bezeichnet, und würde eine solche Verlegung nicht im Widerspruch zur Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Städte- und Gemeindetag stehen, in der er sich gegen „Bürgerferne“ und „Verteuerung der öffentlichen Leistung“ aussprach, und welche Gründe liegen gegebenenfalls dafür vor?
159.	Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung besonders häufig auftretende Mängel bei dem Motorradtyp Honda GL 1000 – Gold Wing bekanntgeworden, die möglicherweise die Verkehrssicherheit beeinträchtigen und bisher bereits zu zahlreichen Unfällen führten?
160.	Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Welche Untersuchungen das Fahrwerk und die Verkehrssicherheit betreffend wurden vor Erteilung der allgemeinen Betriebserlaubnis durchgeführt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um eventuell erst nach längerer Laufdauer des Motorrads auftretende Mängel festzustellen?
161.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Hat sich die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich des Baus der für die Erschließung des hessischen Zonenrandgebiets und für den Verkehr vom Ruhrgebiet in den bayerischen Raum wichtigen Autobahnstrecke von Olpe nach Hattenbach in jüngster Zeit geändert, so daß diese Strecke nicht mehr „als möglicher weiterer Bedarf“ sondern als dringlich zu realisieren anzusehen ist?

162. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Inwieweit muß die Bundesregierung ihre Beantwortung meiner Frage vom 7. Juni 1977 (Drucksache 8/571, Teil B Nr. 99) revidieren, nachdem der Bundesgerichtshof jetzt die Zulässigkeit der Verbindlichkeit der Verkehrsschildkombination „80 km bei Nässe" bejaht hat?

163. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Gehört die Bewilligung von Mitteln zur Erstellung eines Radweges im Zuge der Kreisstraße 24, Haben-Sandstedt zum Verantwortungsbereich der Bundesregierung, und wenn ja, stimmt die Bundesregierung mit der Gemeinde Sandstedt, der Samtgemeinde Hagen, dem Landkreis Cuxhaven und mir darin überein, daß die Erstellung eines Radweges im Zuge der Kreisstraße 24, Hagen-Sandstedt nach der Inbetriebnahme des Bundesautobahnteilstücks Bremen–Bremerhaven aus Gründen der Verkehrssicherheit äußerst dringlich geworden ist und daß Ergebnisse früherer Verkehrszählungen aus der Zeit vor der Autobahneröffnung für die jetzige Situation ohne Bedeutung sind, und wenn nein, warum nicht?

164. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung den Wiederholungsantrag des ehemaligen Landkreises Wesermünde, heutigen Landkreis Cuxhaven, vom 27. Juni 1977 auf Bezuschussung des Radweges mit einer Quote von mindestens 60 v. H. nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz positiv bescheiden, und wenn nein, warum nicht?

165. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen wollen Bundesregierung und Deutsche Bundesbahn bis zum 1. Juli 1978 mit der Überprüfung der Ernennung des Oberlokomotivführers Röder zum Beamten auf Lebenszeit warten, obwohl Röder bereits am 26. August 1977 in der „UZ" erklärt hat, er weise jede Distanzierung von der DKP zurück und er betrachte das Verlangen auf Distanzierung als Unverschämtheit und grundgesetzwidrig, und wie läßt sich die Entscheidung von Bundesregierung und Deutscher Bundesbahn im Falle Röder vereinbaren mit der Behandlung des DKP-Mitglieds und Inspektorenanwärters und Beamten auf Widerruf Axel Seiderer, der nach Berichten der „Frankfurter Rundschau" vom 16. Dezember 1977 wegen seiner Mitgliedschaft und Aktivitäten in der DKP Ende 1977 entlassen wurde?

166. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, die an INFAS vergebene umfangreiche Befragungsaktion (Welt vom 28. Dezember 1977) als Begründung zu verwenden für eine Änderung der Priorität zugunsten von mehr Lärmschutz gegenüber mehr Autobahnen, oder ist die Bundesregierung doch bereit, zuzusagen, daß Vorrang haben soll der zweibahnige Ausbau von Autobahnen in die marktfernen Gebiete?

167. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Ministerialrat Tröndle dem ersten Beigeordneten der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach, Philipp Jung, und dem Geschäftsführer der SPD-Verbandsarbeitsgemeinschaft, Erwin Speier, aus Wöllstein auf die Frage über die Trassenführung der A 60 im Bereich Bad Kreuznach die Auskunft gab, daß die Trassenführung der Bundesautobahn 60 südlich von Bad Kreuz-

nach eine reine Wunschvorstellung der Landesregierung Rheinland-Pfalz sei, und ist gegebenenfalls aus dieser Aussage des für Rheinland-Pfalz zuständigen Referenten im Bundesverkehrsministerium zu schließen, daß die Bundesregierung gegen diese sogenannte „Südvariante" und damit für die „Nordvariante" ist?

168. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, angesichts der hoffnungslosen Überlastung des Jedermannfunks im 27 MHZ-Band die Zahl der freien Kanäle von zur Zeit zwölf zu erhöhen, um einer Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit für eine Freizeitgestaltung zu geben, für die die derzeitigen freien Kanäle nicht ausreichen?

169. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, die jährliche Quotenfestlegung für Auszubildende im Post- und Fernmeldebereich, die sich bis März hinziehen kann, zeitlich vorzuverlegen, damit Jugendliche nicht genötigt sind, sich aus Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft andernorts zu bewerben?

170. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, den Bau des Postgebäudes in Haan (Rheinland) nunmehr unverzüglich in Angriff zu nehmen und dabei die städtebaulichen Gegebenheiten in Absprache mit der Stadt gebührend zu berücksichtigen?

171. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Sind Nachrichten zutreffend, es drohe eine Auflösung oder Verkleinerung der Fernmeldedienststelle Donaueschingen, welche rund 50 Bedienstete umfaßt?

172. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landespostdirektion Berlin gegen einen Postbeamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat, weil dieser in einem Leserbrief in der Berliner Stimme vom 3. September 1977 unter der Überschrift „Unzumutbare Nachteile" den Kundendienst der Deutschen Bundespost kritisiert hat, und wenn ja, billigt sie dieses Verfahren?

173. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kennt die Bundesregierung auch das mit der Novembernummer des Bezirksblatts verschickte, den obigen Sachverhalt betreffende und als Antwort auf einen Artikel über „Meinungsfreiheit" in der Berliner Post Nr. 11/77 zu wertende Rundschreiben des Präsidenten der Landespostdirektion Berlin, und wenn ja, wie beurteilt sie Form und Inhalt dieses ganzen Vorgangs?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

174. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Schriftsteller Peter Weiß die Bundesrepublik Deutschland verschiedentlich als faschistisch bezeichnet hat, und wie begründet die Bundesregierung angesichts dieser Tatsache die Verleihung des Thomas-Dehler-Preises an diesen Politliteraten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

175. Abgeordneter **Dr. von Bismarck** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Presseberichten der letzten Monate zufolge in den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Kriege erlangte deutsche Unterlagen zur Technologie der Kohleverflüssigung, die zur Zeit verstreut lagern – es soll sich dabei um mehrere hunderttausend Dokumente handeln –, gesammelt und ausgewertet werden sollen, und welche Überlegungen bestehen, um aus den Dokumenten auch unmittelbar technologische Erkenntnisse für die Bundesrepublik Deutschland erlangen zu können, sowie Einsichten über eventuell bestehende deutsche Patentansprüche?

176. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Besteht die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen des Bundesforschungsministers betreffend der Bezuschussung beantragter Förderungsvorhaben vor Verwaltungsgerichten Einspruch zu erheben, und in welchem Umfange wird gegebenenfalls von seiten des Bundesforschungsministers auf die Einspruchsmöglichkeit bei der Zuleitung der Entscheidung hingewiesen?

177. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Sind bisher schon Fälle vorgekommen, daß gegen die Entscheidung des Bundesforschungsministers über die Nichtförderung eines Vorhabens Einspruch vor einem Verwaltungsgericht eingelegt wurde?

178. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wieviel Bücher und Broschüren sind seit 1973 vom Bundesforschungsminister durch direkte Zuschüsse oder durch Ankauf finanziert worden?

179. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wieviel Zeitungsanzeigen zum Thema Energie und speziell zum Thema Kernenergie sind seit 1975 vom Bundesforschungsminister finanziert worden?

Bonn, den 13. Januar 1978